

A7 Mein Körper. Meine Entscheidung. Unsere Verantwortung.

Antragsteller*in: DV Berlin, DV Köln, DV Freiburg
Tagesordnungspunkt: TOP06 Anträge

Antragstext

1 Der Bundesverband der Katholischen jungen Gemeinde soll aufgrund eines
2 Beschlusses des Herbstbundesrats 2024 „Bischöfe zeigt Haltung – kein
3 Schulterchluss mit Rechtsradikalen“ einen innerverbandlichen Prozess zur
4 inhaltlichen Auseinandersetzung zum Thema Schwangerschaftsabbruch anstoßen.

5 Die Bundesleitung wird beauftragt, geeignete Personen(-gruppen) und Formate zu
6 finden, die passende Informationsangebote entwickeln und bereitstellen (z.B.
7 Fachtage, Studienteile, Workshops, Arbeitsmaterialien, Expert*innenbesuche).
8 Gewünscht ist eine Beteiligung der Sachausschüsse Glaube und Kirche sowie
9 Geschlechtergerechtigkeit und -vielfalt, um mögliche fachliche Expertise mit
10 einzubringen. Diese Angebote sollen vor allem Diözesan-, Bezirks- und
11 Ortsleitungen für eine kritische und differenzierte Auseinandersetzung mit dem
12 Thema Schwangerschaftsabbruch zur Verfügung gestellt werden – aus medizinischer,
13 ethischer, juristischer, gesellschaftlicher, (kirchen?)politischer und
14 theologischer Perspektive. Die Diözesanverbände verpflichten sich selbst an den
15 Angeboten bestmöglich zu partizipieren und das Thema in den eigenen
16 Diözesanverband einzubringen und sich eine Meinung zu bilden, um zur
17 Bundeskonferenz 2026 so gut wie möglich sprachfähig zu sein. Zu dieser Konferenz
18 wird die Thematik neu aufgenommen.

19 Der Prozess und sein Ergebnis sollen dabei offen sein.

Begründung

Die Katholische junge Gemeinde (KjG) steht für eine gerechte, solidarische und gleichberechtigte Gesellschaft. Ein zentrales Element dieser Vision ist das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper – für uns ein unverhandelbares Menschenrecht.

Seit über 150 Jahren kriminalisiert der §218 Schwangerschaftsabbrüche – und damit Menschen, die in einer tiefgreifenden, existenziellen Entscheidungssituation stehen. Diese gesetzliche Regelung erzeugt Angst, Stigmatisierung und verhindert einen offenen und unterstützenden Umgang mit dem Thema. Sie widerspricht dem Anspruch einer modernen Gesellschaft, reproduktive Entscheidungen respektvoll, medizinisch fundiert

und individuell begleitet zu behandeln.

Als katholischer Jugendverband bekennen wir uns zu einem Glauben, der die Freiheit und das Gewissen des Einzelnen achtet. Der Schutz des Lebens bedeutet für uns nicht nur den Blick auf das ungeborene Leben, sondern auch die Verantwortung gegenüber der schwangeren Person – mit ihrer körperlichen, psychischen, sozialen und wirtschaftlichen Realität. Echte Lebensschutzethik nimmt beides in den Blick.

Wir fordern daher, dass sich der Gesetzgeber aus der strafrechtlichen Regulierung von Schwangerschaftsabbrüchen zurückzieht. Stattdessen braucht es ein rechtlich gesichertes, barrierearmes, medizinisch fundiertes und ethisch reflektiertes Versorgungssystem, das Betroffene nicht bevormundet, sondern unterstützt.

Die KJG setzt sich für eine Welt ein, in der niemand wegen eines Schwangerschaftsabbruchs kriminalisiert, stigmatisiert oder allein gelassen wird. Wir stehen an der Seite aller, die sich für reproduktive Gerechtigkeit stark machen.

Gleichzeitig beobachten wir mit Sorge, dass die katholische Kirche sich bis heute überwiegend für einen repressiven und patriarchalen Umgang mit Schwangerschaftsabbrüchen stark macht. Diese Haltung stützt überholte Machtstrukturen und steht einer solidarischen und menschlichen Begleitung Betroffener entgegen. Zudem kooperieren kirchliche Vertreter*innen teils offen mit Organisationen, die geschichtsrevisionistisch, menschenverachtend und rechtsextrem auftreten – etwa im Umfeld des sogenannten „Marschs für das Leben“. Hierzu haben wir bei unserem Bundesrat im Herbst schon mal eine Positionierung gegen den „Marsch für das Leben“ veröffentlicht. Mit diesem Antrag wollen wir unsere Positionierung nochmal vollumfänglicher machen. Das Auftreten mit geschichtsrevisionistischen, menschenverachtenden und rechtsextremen Organisationen widerspricht nicht nur christlichen Grundwerten, sondern auch der eigenen Aussage der Deutschen Bischofskonferenz, dass „völkischer Nationalismus und Christentum unvereinbar“ seien.

Wir erwarten von der katholischen Kirche und ihren Amtsträger*innen ein klares Eintreten für einen offenen, differenzierten und menschenfreundlichen Diskurs. Dazu gehört auch die Anerkennung von Selbstbestimmung und Gewissensentscheidung im Umgang mit Schwangerschaften – sowie eine entschiedene Abgrenzung von patriarchalen, ausgrenzenden und extremistischen Positionen.